

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 67 (1988)

Heft: 2

Artikel: Alternativen für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik : Kampf den ökonomischen Leerläufen

Autor: Steiger, Alois Rafael

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340585>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kampf den ökonomischen Leerläufen

Von Alois Rafael Steiger

Wenn wir auf die Produktionszahlen der Wirtschaft schauen, hat sich die Wirtschaft in den meisten westlichen Industrieländern seit der zweiten Erdölkrisen recht gut erholt. Amerikanische und europäische Politiker werden deshalb auch nicht müde, ständig ihre Wachstumsziffern zu rühmen und den Aufschwung als das Verdienst ihrer Politik hinzustellen. Sehen wir mal vom Ölscheichtum Kuweit ab, ist die Schweiz nach wie vor das mit Abstand reichste Land der Erde, ja wir sind sogar noch reicher geworden. So stieg das Bruttonsozialprodukt zwischen 1980 und 1987 von 177,3 Milliarden Franken auf 266,6 Milliarden Franken, also um gut 50 Prozent, während die Preise in dieser Zeit nur um 26,5 Prozent erhöht wurden. Noch gedeihlicher prosperierte die Finanzwelt: So erhöhte sich der Bankvereinindex der Schweizer Aktien von 338,7 Indexpunkten im September 1980 auf 715,1 Punkte im September 1987, also um stolze 111,1 Prozent.

Der Schein trügt

Die Zahlen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir weltweit in der grössten Wirtschafts- und Finanzkrise seit den dreissiger Jahren stecken. Man weiss das nicht erst seit den schwarzen Oktober- und Novembertagen dieses Jahres, als der Dollar auf Fr.1.35 absackte, die Aktien weltweit zwischen 20 und 30 Prozent verloren und sich Vermögenswerte von weit über 1000 Milliarden Dollar in Dunst auflösten. Schweizerische Anleger verlo-

ren dabei mehr als 80 Milliarden Franken, was etwa dem Vierfachen der jährlichen Ausgaben der Eidgenossenschaft entspricht. So eindrücklich diese Zahlen auch sein mögen, sie allein machen nicht die Krise aus, und die Finanzkrise selber hielt sich bis dahin in Grenzen, sind doch die Schweizer Aktien nicht unter das Niveau von 1985 gefallen. Grosse Verluste mussten nur diejenigen hinnehmen, die zu spät auf den Spekulationszug aufgesprungen waren und ihre Gewinne nicht mehr realisieren konnten. Die Krise, die unsere heutige wirtschaftliche Situation kennzeichnet, geht viel tiefer, als die obgenannten Symptome vermuten lassen. Sie ist durch vier Merkmale gekennzeichnet:

- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- volkswirtschaftliche Leerläufe und sinkende Lebensqualität,
- Verschärfung der Gegensätze zwischen arm und reich,
- Wirtschaftswachstum ohne Arbeitsplätze.

Wirtschaftswachstum als Umweltzerstörung

Durch die auf dem quantitativen Wachstum beruhende Art des Wirtschaftens zerstören wir unsere natürliche Umwelt und damit unsere Lebensgrundlagen. Die Fakten sind jedem hinreichend bekannt. Ich möchte deswegen hier ausnahmsweise nichts über die Luftsituation, die Wälder, die jährlich in der Schweiz um 25 Prozent zunehmenden schweren Erkrankungen der menschlichen Atmungsorgane, die

Zerstörung der Ozonschicht und die eingeleiteten Klimaveränderungen mit möglicherweise katastrophalsten Folgen sagen. Wegen der vielfältigen wirtschaftlichen Interessen, der immer erdrückenderen Machtzentration, aber auch der zunehmenden Manipulierbarkeit der Konsumenten und Stimmbürgern wird es immer schwieriger, diesen Zerstörungsprozess zu bremsen und das Wachstum in umweltverträgliche Bahnen zu lenken.

Volkswirtschaftliche Leerläufe und sinkende Lebensqualität

Der grösste Teil des Bruttonsozialproduktes, unseres sogenannten materiellen Wohlstandes, besteht aus volkswirtschaftlichen Leerläufen. Je nach Berechnungen der einzelnen Forscher, darunter die Nobelpreisträger Kuznets und Tobin, sind die Hälfte bis zwei Drittel des Bruttonsozialproduktes auf Kosten der immer grösseren Produktionsumwege, sogenannte Produktionsvoraussetzungskosten, und auf volkswirtschaftliche Schäden, sogenannte Produktionsfolgekosten, zurückzuführen, zu denen natürlich auch die Umweltschäden gehören. Produktion ohne Erhöhung der Wohlfahrt, Einkommen, hinter denen keine Güter stehen und mit denen man daher auch nichts kaufen kann, sinnloser Stress am Arbeitsplatz und allgemein sinkende Lebensqualität sind die Folgen. Zu diesen volkswirtschaftlichen Leerläufen gehören auch verschiedene unproduktive Tätigkeiten des Dienstleistungssektors, in dem

in der Schweiz 55 Prozent der Beschäftigten ein Einkommen finden. Dadurch, dass z.B. Liegenschaften nur verwaltet werden, um möglichst grosse Renditen rauszupressen, und Grundstücke und Häuser alle paar Monate die Besitzer wechseln, wobei jedesmal Grundstückgewinne realisiert werden, die das Vielfache des Jahreslohnes eines Facharbeiters oder Angestellten ausmachen, werden ja keine neuen Wohnungen errichtet, sondern nur die Preise hochgetrieben. Ich rede hier aus eigener Erfahrung: der Block, in welchem wir seit eineinhalb Jahren wohnen, hat in dieser Zeit viermal den Eigentümer gewechselt, und die Mieter sind dabei trotz Bundesbeschluss gegen Missbräuche im Mietwesen jedesmal die Dummen.

Verschärfung der Gegensätze zwischen arm und reich

Der Reichtum wird zunehmend ungleich verteilt:

- Zwischen 1980 und 1987 stiegen die Arbeitnehmereinkommen um 32 Prozent, während die Unternehmergevinne um satte 134 Prozent, also um mehr als das Vierfache, zunahmen. Die Dividenden stiegen um 64 Prozent und der Börsenwert der Aktien um 135 Prozent.

- Nach der eidg. Wehrsteuerstatistik für die Jahre 1979/80 hatten 50 Prozent der Steuerpflichtigen ein Jahreseinkommen von weniger als 32500 Franken, und 20 Prozent der Steuerpflichtigen oder 537000 arme Steuerpflichtige verfügten über weniger als 20000 Franken Jahreseinkommen, während 0,68 Prozent der Steuerpflichtigen (18000 Personen) trotz aller Tricks über 200000 Franken deklarieren mussten.
- Nehmen wir 1500 Franken Monatseinkommen als Ar-

mutsgrenze, so lebten nach Berechnungen des Wirtschaftsethikers Georges Enderle in der Schweiz bereits 1976 9 Prozent der aktiven Bevölkerung und 24 Prozent der Rentner in Armut. Nehmen wir ein Jahreseinkommen von 12000 Franken für Alleinstehende und 18000 Franken für Paare als Armutsgrenze, so leben nach Berechnungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes im reichsten Land der Erde gegenwärtig 419000 Menschen in materieller Not.

- Bei der Vermögensverteilung sieht es noch krasser aus: Die reichsten 1,2 Prozent der Steuerpflichtigen besitzen einen Drittel aller Vermögenswerte in der Schweiz, die reichsten 5 Prozent besitzen 53 Prozent aller Vermögenswerte, die reichsten 10 Prozent besitzen 80 Prozent sämtlicher Immobilien, während die ärmere Hälfte der Schweizer nur gerade 0,5 Prozent des Gesamtvermögens besitzt (vgl. dazu R. Strahm, Wirtschaftsbuch Schweiz, Ex Libris 1987, S. 99 und dort zitierte Statistiken sowie H. Tschäni, «Wer regiert die Schweiz?»).

Wirtschaftswachstum ohne Arbeitsplätze

Das Wirtschaftswachstum ist seit den siebziger Jahren ein jobloses Wachstum. Im Gegensatz zu den Ersatzinvestitionen von früher, die jeweils neue Arbeitsplätze schufen, sind heute $\frac{3}{4}$ aller Investitionen Rationalisierungsinvestitionen, die jährlich 5 bis 6 Prozent der Beschäftigten in der Industrie überflüssig machen. Es war gerade die Tragik der deutschen Konjunkturankurbelungsprogramme, dass mit den 178 Milliarden DM Steuervergünstigungen, die von 1975 bis 1978 in der BRD den investierenden Unternehmungen gewährt wur-

den, nicht neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern wegen der dadurch beschleunigten Rationalisierung und den dabei entstandenen Überkapazitäten die Arbeitslosigkeit noch verschärft wurde, was dann auch wesentlich zum Sturz des damaligen Kanzlers Schmidt beigetragen hat. Auch in der Schweiz werden heute trotz dem seit 1972 stark gestiegenen Sozialprodukt nicht mehr Leute beschäftigt als damals. In Deutschland hat sich im 5. Jahr des Kanzlers Kohl die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht gebessert – die Arbeitslosigkeit liegt seit Jahren über 9 Prozent –, und in England gar hat sich trotz der vielgerühmten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik der eisernen Lady die Arbeitslosenzahl seit 1980 verdreifacht. Seit Jahren suchen dort mehr als 3 Millionen Menschen, das sind über 10 Prozent der Arbeitsfähigen, einen Job, und die Statistik schaut nicht besser aus, nachdem neuerdings die Ausgesteuerten und die arbeitslosen Schulabgänger offiziell nicht mehr zu den Arbeitslosen zählen! Alle neuesten Prognosen, und stammen sie von der Wirtschaft noch so wohlgesinnter Institute, geben nicht den geringsten Anlass zur Hoffnung. Trotz den von Kanzler Kohl vielgerühmten 650000 neuen Arbeitsplätzen, die unter seiner Ägide geschaffen worden sein sollen, belegen die neuesten Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der deutschen Bundesanstalt für Arbeit, dass das gesamte Beschäftigungsvolumen von 1982 von 43,1 auf 42 Milliarden Stunden 1986 zurückgegangen ist. Dass die Deutschen heute nicht 650000 Arbeitslose mehr haben, ist allein den «törichten» Arbeitszeitverkürzungen zu verdanken, die gegen den Widerstand des Kohl-Kabinetts durchgesetzt wurden.

Versagen der herrschenden neoklassischen Denkschulen der Wirtschaftstheorie

Die in diesen existenziell entscheidenden Bereichen völlig versagende Politik hat ihre Ursachen in den herrschenden ökonomischen Denkschemata. Die traditionelle *keynesianische* Politik mit ihren Konjunkturspritzen zur Investitionsförderung machte die Rechnung ohne den technischen Fortschritt und war der durch die Rationalisierungsinvestitionen bewirkten Erhöhung der Arbeitslosigkeit gegenüber ratlos¹. Aber auch die *drastischen Rosskuren der Monetaristen* brachten mit ihren rigorosen Geldmengeneinschränkungen zur Inflationsbekämpfung die Hochzinspolitik, die dazu führte, dass erst recht nicht mehr investiert wurde, weil das Geld durch Spekulationen und Transaktionen im Finanzsektor im Vergleich zur mühseligen Produktion in der Industrie problemlos und dazu erst noch überaus üppig in die Taschen floss. Ein so renommiertes deutsches Industrieunternehmen wie Daimler-Benz hatte z.B. 1981 aus dem Finanzgeschäft grössere Erlöse erzielt als aus dem Autoverkauf. Auch die zu Beginn des Jahrzehnts in Amerika und England mit viel Propagandaaufwand verkauften *reaktionären Konzepte der Angebotstheoretiker* brachten nach anfänglichen Erfolgen das Gegenteil von dem, was sie versprachen. Ihr Rezept, die Reichen steuerlich zu bevorzugen, damit sie mehr investieren und somit die Wirtschaft wieder ankurbeln, so dass die Budgetdefizite nach einem sozialpolitischen Kaiserschlag zum Verschwinden kämen, versagte sträflich. In England sind die Staatsausgaben

inzwischen weiter gestiegen, obwohl die Privatisierungserlöse durch den Verkauf der Staatsbetriebe und die Milliardenneinnahmen aus der Nordseeölförderung zur Defizitreduzierung herangezogen wurden. In den USA sind die Ergebnisse dieser Politik nach sieben Reagan-Jahren mindestens ebenso krass ausgefallen: Das im letzten Amtsjahr Carters erzielte Budgetdefizit von 50 Milliarden Dollar stieg wegen der drastischen Erhöhung der Militärausgaben rasch auf über 220 Milliarden Dollar jährlich. In Prozenten des Bruttonsozialproduktes erhöhten sich die Defizite von 1,7 Prozent auf 4,2 Prozent. Die Staatsschuld des Bundes stieg von 640 Milliarden Dollar auf über 2 Billionen, also über 2000 Milliarden. Reagan machte bis dahin mehr Schulden als alle 39 Präsidenten vor ihm zusammen. Er hat die Vereinigten Staaten in den letzten sieben Jahren vom grössten Gläubigerland der Erde zum grössten Schuldnerland heruntergewirtschaftet. Die Auslandsschuld der USA beträgt Ende 1987 400 Milliarden Dollar. Auch der Hinweis auf die 9 Millionen neuen Arbeitsplätze, die seit 1980 geschaffen worden sind, gibt weniger Berechtigung zur Selbstzufriedenheit, wenn man bedenkt, dass

- zwischen 1974 und 1980 ganze 14 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden,
- die Ausweitung der Beschäftigungszahl mit dem in den USA schwachen Produktivitätswachstum der Wirtschaft in den achtziger Jahren zusammenhängt und
- ein Grossteil der zusätzlich Beschäftigten zu miserablen Arbeits- und Lohnbedingungen eingestellt wurden. Es blieb ihnen ja auch gar nichts anderes übrig.

Durch die brutalen Kürzungen der Sozialausgaben wurde eine

eigentliche *Pauperisierung (Verarmung)* der mächtigsten Gesellschaft der Welt bewirkt, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel ist. Jedes fünfte Kind wächst heute in den USA nach Regierungsangaben (!) in Armut auf. Die Slums der Grossstädte, die Zahl der durch diese Apartheidökonomie von der Gesellschaft Ausgesteuerten, das Elend, die Kriminalität und die Drogensucht sind in Amerika noch nie so gross gewesen.

Zusammenfassend stellen wir also fest, dass alle herkömmlichen Instrumente der Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Umwelt- und Wirtschaftskrise, in der wir momentan drin stecken, versagen. *Wir können die Wirtschaft nicht mehr durch Investitionsförderungsprogramme und Steuersenkungen ankurbeln, weil*

- durch das quantitative Wirtschaftswachstum unsere Lebensgrundlagen zerstört werden,
- uns immer mehr Wegwerfprodukte und volkswirtschaftliche Leerläufe einen sehr geringen Zusatznutzen bringen und unsere Wohlfahrt per saldo mehr verschlechtern als erhöhen,
- die fortschreitende Rationalisierung die Arbeitslosigkeit nur verschärft,
- der Stress am Arbeitsplatz zunimmt,
- Steuersenkungen bei gesättigten Märkten ohnehin nicht zu mehr Investitionen im Industriesektor, sondern in Finanzinvestitionen und in die Spekulation fliessen.

Auch die gewaltsame Förderung der Exporte erweist sich als falsch, weil wir uns damit allzusehr den Launen und Zufälligkeiten der Dollarkursentwicklung ausliefern, die mehr durch Kapitalverschiebungen als durch die wirtschaftliche Realität bestimmt wird. Wegen der stärkeren Inflation der

¹ Vgl. in dieser Nummer: «Ein gescheitertes Programm» von Beat Kappeler.

Amerikaner ist der Dollar kaufkraftmässig sogar heute immer noch überbewertet. Und jedesmal, wenn in den USA die Geldmenge zur Inflationsbekämpfung eingeschränkt wird, führt das zu höheren Zinsen und wegen der dadurch bewirkten Kapitalverschiebungen zu einem höheren Dollar-Kurs. Dadurch wird unsere Exportindustrie regelmässig dazu verleitet, Überkapazitäten aufzubauen, was nachher jedesmal wieder zu Arbeitslosigkeit im Exportsektor führt, wenn der Dollar sich seinem tatsächlichen Wert nähert.

Strategie für qualitatives Wachstum

Aus dem Versagen der traditionellen Wirtschaftspolitik ergibt sich auch die Stossrichtung für eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik:

Wir brauchen eine gezielte Strategie des qualitativen Wachstums, in deren Zentrum die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Verbesserung der Lebensqualität und die soziale Gerechtigkeit stehen. Dazu gehören folgende zentrale Punkte:

- umweltschonende, weniger energie- und wieder mehr arbeitsintensive Produktionsmethoden;
- qualitativ hochstehende, weniger Rohstoffe beanspruchende, langlebige und reparierbare Produkte, die im Hinblick auf die Erhöhung der menschlichen Wohlfahrt einen echten Beitrag bringen;
- Produkte, bei denen bereits bei der Produktion darauf geachtet wird, dass sie nach Gebrauch wiederverwertet oder zumindest ohne Schaden für die Umwelt beseitigt werden können;
- Vermeidung von Leerläufen, insbesondere von Leerlaufbeschäftigungen, die nur der Einkommensausschüttung

dienen, ohne dass dabei etwas produziert wird, das die Wohlfahrt erhöht. Ein klassisches Beispiel einer solchen Leerlaufbeschäftigung ist die 1983 beschlossene Lizenzfabrikation der Leopard-Panzer, die den schweizerischen Steuerzahler 600 Millionen Franken teurer zu stehen kommt als der Kauf ab Stange, wobei damals hervorgehoben wurde, dass dabei für 10000 Mannjahre Arbeit geschaffen wird. Dividieren wir nun diese 600 Millionen Franken durch die 10000 Mannjahre, so sehen wir, dass das Mannjahr dabei auf 60000 Franken zu stehen kommt, ohne dass dabei ein einziger Panzer mehr produziert wird. Wir hätten also ebensogut 10000 Leuten ein Einkommen von 60000 Franken oder 20000 Leuten ein Einkommen von 30000 Franken auszahlen und sagen können: Macht euch doch ein glattes Jahr, dann hat wenigstens jemand etwas von den 600 Millionen Franken;

- weniger drauflos produzieren, dafür die produzierten Güter, die Einkommen, aber auch das Volksvermögen gerechter verteilen, so dass in gerechter Weise alle am wirtschaftlichen Fortschritt und am volkswirtschaftlichen Reichtum teilhaben können;
- und schliesslich brauchen wir bei gesättigten Märkten eine *Strategie der Arbeitszeitverkürzung*, wenn wir in Zukunft beim heutigen Fortschrittstempo von Technik und Produktivität Arbeitslosigkeit vermeiden wollen.

Ökologische Beschäftigungspolitik

Als erstes müssen gezielte Strukturbereinigungs- und Binnenwirtschaftsprogramme im Sinne einer ökologischen Beschäftigungspolitik in Angriff genommen werden. Im Sinne eines nationalen Programms

müssen Schwerpunkte im Hinblick auf eine wünschenswerte Entwicklung gesetzt werden: Ausbau des öffentlichen Verkehrs – Bahn 2000 ist ein Schritt in der richtigen Richtung –, Vorziehung von Umweltschutzprogrammen, Stadt-sanierungen, Bau von Fussgänger- und Radwegen, Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Förderung von Dorf- und Quartierläden, gezielte Unterstützung nichtindustrieller, arbeitsintensiver landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, Energiesparprogramme, bessere Gebäudeisolation, dezentrale Gesamtenergieanlagen, Generatorenanschlüsse an Ölheizungen zur Nutzung der Abwärme in Mehrfamilienhäusern, Schulgebäuden, Einkaufszentren und Industriebetrieben, Einsatz von Wärmepumpen und Wärmespeichern zur Nutzung der Abwasserwärme, Einbau von Thermostaten und Wärmezählern für die individuelle Heizkostenabrechnung in Mietwohnungen oder Aufstellen von Sonnenkollektoren zur Vorwärmung des Wassers.

Diese Massnahmen würden uns nicht nur helfen, mehr Energie zu sparen, als alle unsere bestehenden und geplanten Atomkraftwerke zu produzieren imstande sind, sondern sie wären auch viel billiger, würden sich also quasi von selbst finanzieren und uns vom Ausland unabhängiger machen. Darüber hinaus wäre für dezentral verteilte Arbeitsplätze bis weit ins nächste Jahrhundert hinein gesorgt. Ruedi Strahm hat diesbezüglich die verschiedensten Studien ausgewertet und die Ergebnisse in seinem Wirtschaftsbuch (Ex Libris 1987) zusammengestellt. Schon an wenigen Beispielen sind die Ergebnisse erstaunlich:

- Energiesparmassnahmen: 30000 Arbeitsplätze während 20 Jahren,

- öffentlicher Verkehr, Bahn 2000: 13 000 Arbeitsplätze während 20 Jahren,
- Lärmschutz: 30 000 Arbeitsplätze während 10 Jahren,
- Waldbewirtschaftung: 23 000 Arbeitsplätze dauernd,
- Luftreinhaltung: 10 000 Arbeitsplätze während 10 Jahren.

Zur Unterstützung und Durchsetzung dieser Massnahmen besitzt unser Staat seit jeher eine recht breite Palette von Instrumenten, die sich von der gezielten Erhebung bestimmter Steuern über Steuervergünstigungen bis hin zu den Subventionen erstrecken. Dabei müssen überhaupt keine neuen Steuern erhoben werden; der Staat muss seine Steuerungsinstrumente nur anders und gezielter einsetzen. So sollten die indirekten Steuern strikt nach dem *Verursacherprinzip* ausgestaltet werden. Problemlose Güter sollten entlastet, dafür aber, wo es erforderlich ist, zusätzliche Lenkungsabgaben eingefordert werden, indem umweltschädigende Produkte mehr besteuert und Produkte, die einen grossen Energie- und Rohstoffverschleiss mit sich bringen, durch einen entsprechenden Steuerzuschlag verteuert werden, so dass umweltfreundliche Güter und Produktionsverfahren sowie Produkte, die mit weniger Energie, dafür aber mit einem grösseren Arbeitseinsatz hergestellt werden, einen entscheidenden Preisvorteil erhalten. Die von Bundesrat Otto Stich Anfang November vorgeschlagene zehnprozentige Energieabgabe auf allen Energieträgern anstelle der bisherigen wettbewerbsverzerrenden «taxe occulte» wäre in der heutigen Zeit das einzige Richtige. Das dazu jüngst veröffentlichte Expertengutachten des Basler Ökonomieprofessors Gottfried Bombach kommt denn auch zum Schluss, dass eine solche zehnprozentige Energieabgabe

unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten und im Interesse der ganzen Volkswirtschaft das Beste wäre und unbedingt an die Stelle der heutigen Warenumsatzsteuer auf den Investitionen und Betriebsmitteln der Wirtschaft treten sollte.

Die Verkürzung der Arbeitszeit

Ob wir dafür sind oder dagegen, der technische Fortschritt wird sich auch in Zukunft eher beschleunigen als stagnieren und viele Arbeitsplätze noch rasanter als bisher wegrationalisieren. Bei gesättigten Märkten wird sich der Absatz nicht in dem zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit erforderlichen Ausmass erhöhen lassen. Zu diesem Ergebnis kommen alle in jüngster Zeit durchgeföhrten Untersuchungen. Der Stress am Arbeitsplatz wird auch in Zukunft noch weiter zunehmen, und unsere Arbeitswege werden noch länger werden, als ob die täglichen 1,5 bis 2 Stunden Pendlerzeit nicht schon genug wären. Wir Schweizer arbeiten von allen Industrieländern mit Ausnahme Japans weitaus am meisten, nämlich 1950 Stunden pro Jahr, im Industriesektor sogar 2055 Stunden, im Vergleich zu den Franzosen, die sich 1783 Stunden, oder den Deutschen, die sich im Vergleichsjahr 1983 nur gerade 1760 Stunden abmühten. Und bereits heute bringt uns ein recht grosser Teil unserer Arbeit keine Früchte, weil unsere hochgradig arbeitsteilige Wirtschaft immer grössere Produktionsumwege erforderlich macht und die Arbeit in Leerlaufaktivitäten aufgeht, ohne dass mehr Güter erzeugt und Dienstleistungen erbracht werden, die uns etwas bringen. Der Schweizer arbeitet bereits heute pro Jahr

- 4 Wochen für Werbung und Verpackung,
- 2 Wochen für Abfallentsor-

gung und Umweltreparaturen, die bei umweltschonenderem Verhalten nicht erforderlich wären,

- 5 Wochen für Verkehrsaufwand (Hauptanteil: Pendlerverkehr, Waren hin- und hertransportieren, Flucht aus dem Muff der Städte und Aufsuchen von Erholungszonen) und ganze

- 3,5 Wochen für Energiekosten (ohne Verkehr). Es geht also nicht nur um die Frage, ob wir in Zukunft quantitativ mehr Lohn haben wollen, sondern auch darum, ob wir statt dessen nicht besser weniger zunehmend unnützere Güter und Dienstleistungen, also weniger Leerlaufaktivitäten kaufen und statt dessen andere Lebensziele vermehrt anstreben wollen, z. B. eben mehr Zeit für unsere Mitmenschen, die Familie, die Kinder, unsere Freunde, aber auch für uns selber und unsere handwerklichen, künstlerischen und musischen oder sportlichen Interessen haben wollen. Dass dies einem echten Bedürfnis entspricht, zeigt auch das jüngste Univox-Meinungsforschungsergebnis, nach welchem 20 Prozent der arbeitsfähigen Schweizer für mehr Freizeit zu Lohnverzicht bereit wären, während zwei Drittel der Befragten den Wunsch nach genereller Arbeitszeitverkürzung bzw. mehr Ferien äusserten. Würden die Politiker diesen Wünschen der Bevölkerung effektiv Rechnung tragen, so wäre mit einem Schlag auch der wahrscheinlich grösste Beitrag an die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet. Für ein Land, das stark unter der Arbeitslosigkeit leidet wie die Bundesrepublik Deutschland, gilt es als nachgewiesen, dass dieses Problem längst gelöst wäre, würde man nur allen, die es wünschen, ermöglichen, weniger zu arbeiten. Wir wollen nun den Taschenrechner in die Hand nehmen

und überprüfen, inwieweit der Wunsch nach mehr Freizeit überhaupt realisierbar ist.

Nach Berechnungen des eidgenössischen statistischen Amtes und der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute wird angenommen, dass die Arbeitsproduktivität bis zum Jahr 2000 jährlich um 2,5 Prozent wachsen wird. Demnach könnte also jeder in der Schweiz lebende Mensch bis zum Jahr 2000 38,4 Prozent mehr Güter und Dienstleistungen konsumieren als heute. Wenn wir nach dem Börsenkrach etwas vorsichtiger werden und diese Produktivitätsprognosen etwas nach un-

ten korrigieren, etwa auf 2 Prozent oder gar auf 1,5 Prozent, so haben wir immer noch eine ganz erstaunliche Zunahme des Güterhaufens, nämlich um 29,7 Prozent bzw. 21,5 Prozent.

Würden wir nun statt dessen den ganzen Produktivitätsfortschritt in die Reduktion der Arbeitszeit investieren, so hätten wir bei einem Produktivitätswachstum von 2,5 Prozent noch ganze 31 Stunden zu arbeiten. Bei 2 Prozent wären es 33 Stunden, und im schlechtesten Fall, bei 1,5 Prozent Produktivitätsfortschritt, wäre die 35-Stunden-Woche verwirklicht, wohlverstanden: bei glei-

chem Lohn wie heute und ohne dass sich für die Wirtschaft irgendwelche Nachteile ergäben. Natürlich müssen wir nicht so weit gehen und alles nur auf die verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung setzen. Wir können auch im Sinne meiner Ausführungen einen vernünftigen Kompromiss machen zwischen den verschiedenen Zielen, die zu einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik gehören. Die Menschheit hat noch nie so phantastische technische Möglichkeiten gehabt wie heute. Es ist höchste Zeit, dass wir lernen, sie sinnvoll zu nutzen.

Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa

Ein gescheitertes Programm

Von Beat Kappeler

Mitten im Kampf fiel den Sozialdemokraten und Gewerkschaften Europas das Schwert aus der Hand. Ihre Vollbeschäftigteurezepte, wie staatliches Eingreifen in Ausgabenströme, Geldwesen und Lohndarstellung, scheiterten unter dem Regime hoher Zinsen notwendigerweise. Diesen Schluss zieht Fritz W. Scharpf¹, neuer Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts, in einer gescheiten Studie über «Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa». Damit ist aber mehr verloren als nur eine Variante der Wirtschaftspolitik. Denn die sozialdemokratische Vollbeschäftigungspolitik setzte die Empfehlungen des Bändigers der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre, John M. Keynes, in die Tat um und erreichte eine sozialere Politik, ohne das

Wirtschaftssystem umzukrempeln – einen «Klassenkompromiss», wie ultralinken Jargon schon immer argwöhnte. Mit Keynes gewannen die Konzepte der Sozialdemokraten jene «hegemoniale Plausibilität», weshalb sie auch in den Programmen bürgerlicher Parteien Europas schlicht nicht mehr wegzudenken waren.

Scharpf geht vier sozialdemokratisch-gewerkschaftlich dominierten Epochen in England, Schweden, Österreich und der Bundesrepublik im Detail nach, um zu belegen, dass künftig alles anders sein muss. Denn die Macht ist fast überall wieder verlorengegangen, die Aussicht auf noch höhere Staatskompetenzen und -ausgaben schreckt den Wähler ab, der «sozialdemokratische Konsens» bindet keine Bürgerlichen mehr ein.

Dabei waren die Linken in der besonderen Lage, einen ausgesprochen umfassenden und da-

her wirksamen Keynesianismus anbieten zu können. Desse normale Instrumente sind von seiten der Geldpolitik eine flüssige Geldversorgung, günstige Zinsen. Von seiten der Finanzpolitik des Staates braucht es Ausgabenstimulierung, Kaufkraftschaffung. Wenn aber mit der Lohnpolitik gleichzeitig falsch gefahren wird, kann die Feinsteuierung scheitern – Löhne sind nämlich nicht nur Nachfrageimpuls auf den Märkten, sondern auch Kostenelement für die Firmen. Nur Regierungen, welche diese Lohnpolitik als richtige Würze beimischen könnten, gewannen ihr Rennen beim Wähler, und nur unter sozialdemokratischen Regierungen kann überhaupt auf ein Mitmachen der Gewerkschaften gesetzt werden.

Scharpf zeigt, dass beispielsweise gegen Arbeitslosigkeit durch Nachfragemangel durchwegs Gas gegeben wer-

¹ Fritz W. Scharpf, «Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa», Campus Verlag, Frankfurt 1987